

Yu-hsi Nieh

## Die Wiederbelebung der sino-britischen Kontroverse über Hongkong

### 1. 1982-1984: Der Streit um den Status Hongkongs

Zur Zeit liegen die britische und die chinesische Regierung erneut miteinander im Streit über die Hongkong-Frage. Es ist die dritte große und offene sino-britische Auseinandersetzung über dieses Thema seit Anfang der 80er Jahre. Zwischen 1982 und 1984, als London und Beijing über das Schicksal von Hongkong nach dem zum 30.6.1997 bevorstehenden Ablauf des 99jährigen Pachtvertrages über die New Territories - etwa 92% der Gesamtfläche von Hongkong - verhandelten, führten beide Seiten eine scharfe Polemik über den völkerrechtlichen Status von Hongkong. Während die chinesische Regierung den Pachtvertrag von 1898 wie auch die Verträge von 1842 und 1860 über die Abtretung der Hongkong-Insel bzw. der Halbinsel Kowloon (Jiulong) von China an Großbritannien als "ungleiche Verträge" bezeichnete und ihre Gültigkeit abstritt, beharrte die britische Regierung auf der Verbindlichkeit der Verträge und damit auf ihren legitimen Anspruch über das Territorium.

Davon ausgehend versuchten die Briten zunächst, bei der Rückgabe der Souveränität über Hongkong an China 1997 noch das Verwaltungsrecht zu behalten. Nachdem dies gescheitert war, verlangten sie von China, durch einen neuen international verbindlichen Vertrag die Fortdauer des gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem von Hongkong sowie die Beachtung der Freiheitsrechte seiner Einwohner nach Rückgabe der Kolonie an China zu garantieren. Beijing dagegen wollte weder die alten Verträge

anerkennt noch einen neuen abschließen mit der Argumentation, daß Hongkong chinesisches Territorium unter britischer Besatzung sei. Schließlich einigten sich beide Seiten auf die Form einer "gemeinsamen Erklärung", in der sich Beijing verpflichtet, Hongkong ab 1. Juli 1997 als eine autonome Sonderverwaltungszone (im folgenden SVZ) einzurichten, und zwar mit einem eigenen Grundgesetz, das die Aufrechterhaltung des bestehenden kapitalistischen Systems und der bisherigen Lebensweise der Bevölkerung gewährleisten soll.<sup>1</sup>

### 2. 1985-1987: Der Streit um die politische Reform

Gemäß der gemeinsamen Erklärung ist die britische Regierung während der Übergangszeit bis 30. Juni 1997 weiter zuständig für die Verwaltung in Hongkong und verantwortlich für die Kontinuität der Wirtschaftsprosperität und Gesellschaftsstabilität in der Kolonie. Die chinesische Regierung hat dazu ihre Zusammenarbeit angeboten. Zwei Monate vor der Paraphierung der gemeinsamen Erklärung hatte die Hongkonger Regierung am 18. Juli 1984 der Öffentlichkeit das erste Grünbuch über den Plan einer politischen Reform während der Übergangszeit zur Diskussion vorgelegt. Am 21. November folgte ein Weißbuch, in dem eine Beschleunigung der Entkolonialisierung und Demokratisierung durch Reform des Legislativrats (Legislative Council) angekündigt wurde. Am 26. September 1985 wurden 24 der insgesamt 57 Mitglieder des Legislativrats durch örtliche Wahlkollegien bzw. berufliche Wählergruppen gewählt.

Zugleich erhielt der Rat durch eine Reihe von neuen Gesetzen mehr Befugnisse im Sinne eines Parlaments - zuvor hatte er die Funktion eines reinen Beratungsorgans für den Gouverneur.

Die politischen Reformen der britischen Kolonialregierung stießen von vornherein auf das Unbehagen Beijings. Auf das Grünbuch vom 18. Juli 1984 reagierte die chinesische Seite zunächst noch mit einer zurückhaltenden Warnung mit dem Wortlaut: "Es ist eine Sache der Briten, die chinesische Regierung geht keine Verbindlichkeit dafür ein."<sup>2</sup> Offene Polemik um die politische Reform trat erst nach den Wahlen zum Legislativrat auf. Ermutigt durch den befriedigenden Wahlablauf, an dem sich auch die prochinesischen Berufsorganisationen aktiv beteiligten, sowie angesichts der Tatsache, daß weder die Regierung Beijing noch die chinesischen Medien die Wahlen besonders kritisiert hatten, begannen zahlreiche Politiker Hongkongs, große Perspektiven für politische Reformen ins Auge zu fassen, d.h. die Errichtung einer westlichen Demokratie in Hongkong vor 1997, wie sie die Briten bislang bei der Aufgabe jeder Kolonie getan hatten.

So sagte z.B. Chief Secretary David Akers-Jones, Chef der Administration und der zweitranghöchste Politiker hinter dem Gouverneur in der Kolonialregierung, am 8. Oktober 1985 vor der Presse, daß man bei der Umgestaltung des Legislativrats das US-Parlament als Vorbild nehmen solle. Über die politische Reform hätten Beijing und London nicht diskutiert. Da die chinesische Regierung erklärt habe, die britische Verantwortung für die Administration Hongkongs bis 1997 zu respektieren, so Akers-Jones, werde es in Hongkong bis dahin auch kein anderes "Machtzentrum" geben. Am 16. Oktober sagte Allan Scott, der für die politische Reform und Wahlen zuständige stellvertretende Chief Secretary, Hongkong werde Anfang der 90er Jahre ein endgültiges politisches System erhalten und daß die politischen Reformen während der Übergangsperiode auch für die Zeit nach 1997 ihre weitergehende Gültigkeit finden müssen. Auch er vertrat die Meinung, daß die Hongkonger Regierung allein für die politische Reform vor 1997 verantwortlich sei. Chinesisch-britische Kon-



sultationen fänden erst statt, wenn Schwierigkeiten dabei auftauchten, sagte er.<sup>3</sup>

Diese Äußerungen führender Politiker der Hongkonger Regierung veranlaßten Beijing, das zur gleichen Zeit gerade mit der Ausarbeitung eines Grundgesetzes für Hongkong nach 1997 befaßt war, zu befürchten, daß die Briten mit der politischen Reform ein für die kommunistische chinesische Regierung unberechenbares oder sogar unannehmbares *Fait accompli* schaffen würden. So wies der Direktor des Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus unter dem chinesischen Staatsrat (Zentralregierung), Ji Pengfei, am 19. Oktober 1985 im Gespräch mit einer Delegation von Architekten aus Hongkong unter der Leitung des Direktors für die Administration der Stadt und der New Territories (Secretary for City and New Territories Administration), darauf hin, daß Hongkongs Regierungsform nach 1997 vom Grundgesetz für Hongkong als eine Sonderregion Chinas bestimmt werde, und daher solle eine Regierungsreform in Hongkong während der Übergangszeit mit dem künftigen Grundgesetz koordiniert werden - die Verkündung des Grundgesetzes wird erst 1990 erwartet. Er ergänzte: "Wir hoffen, daß es während der Übergangsperiode keine drastischen Veränderungen in Hongkong gibt."<sup>4</sup>

Die chinesisch-britischen Meinungsverschiedenheiten erreichten ihren Höhepunkt, als Ende Oktober 1985 der für die Angelegenheiten Hongkongs zuständige Staatsminister des britischen Außenministeriums, Timothy Renton, bei seinem Aufenthalt in der Kolonie erklärte, die britische Regierung wolle bei der politischen Reform in Hongkong weder die führende Rolle spielen noch ein bestimmtes Modell westlicher Demokratie einschleppen. Vielmehr sollten die Einwohner von Hongkong selbst ein geeignetes Regierungssystem entwickeln.<sup>5</sup>

Auf chinesischer Seite warnte Xu Jiatur, Direktor der Zweigstelle der chinesischen Presseagentur Xinhua in Hongkong und faktisch offizieller Vertreter Beijings, am 21. November 1985 auf einer Pressekonferenz die Briten vor einer Abweichung von der gemeinsamen Erklärung von 1984 und äußerte seine Überzeugung, daß London die Frage einer Einführung des Parlamen-

tarismus in Hongkong mit "Weisheit und voller Verantwortung" überlegen werde.<sup>6</sup>

Xus scharfe Warnung brachte die erste große Verstimmung in Hongkong seit dem Abschluß der sino-britischen gemeinsamen Erklärung von 1984, was sich in einem starken Kursfall auf dem Börsenmarkt widerspiegelte. Schließlich mußten die Briten nochmals nachgeben. Auf der zweiten Sitzung der gemeinsamen Liaisongruppe am 26.-29. November 1985 einigten sich beide Seiten darüber, hinsichtlich politischer Reformen in Hongkong und deren Verknüpfung mit dem von China geplanten Grundgesetz für Hongkong ab 1997 in Kontakt zu bleiben.<sup>7</sup> Bei seinem Besuch in Beijing im Januar 1986 sagte Renton zu Ji Pengfei, er sei damit einverstanden, daß politische Veränderungen in Hongkong während der Übergangszeit mit dem geplanten Grundgesetz übereinstimmen müßten.<sup>8</sup> Dementsprechend wurde das Thema über eine Umgestaltung des parlamentarischen Systems in dem Grünbuch vom 27. Mai 1987 und dem Weißbuch vom 10. Februar 1988 nicht mehr erwähnt. Direktwahlen für einen Teil der Mitglieder des Legislativrats wurden statt 1988 für 1991 vorgesehen, also erst ein Jahr nach der Verkündung des von Beijing geplanten Grundgesetzes für Hongkong als chinesische SVZ.<sup>9</sup>

### 3. Der jüngste Streit um die Menschenrechte nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in China am 4. Juni 1989

Aufgrund der besonderen historischen, geographischen und Wirtschaftsbeziehungen Hongkongs zu China hatten die Briten bislang politische Aktivitäten gegen Beijing in der Kolonie - von der Meinungsfreiheit abgesehen - strikt eingeschränkt. Daher ist die Bevölkerung allgemein apolitisch. Aber offenbar im Hinblick auf ihr eigenes Schicksal nach 1997 haben Millionen Einwohner von Hongkong die chinesische Studentenbewegung für Demokratie im Mai 1989 durch eine Reihe von Demonstrationen, Unterschriften- und Spendensammlungen sehr aktiv unterstützt. Nach der blutigen Niederschlagung der friedlichen Demokratiebewegung durch Panzer am 4. Juni auf dem Tiananmen-Platz in Beijing gingen wieder Abertausende Hongkonger

auf die Straße, um gegen die chinesischen Machthaber zu protestieren. Im Juli und August attackierte die chinesische Presse in mehreren Artikeln die Hongkonger Vereinigung zur Unterstützung der Demokratiebewegung in China und warnte die Führer der Organisation, Hongkong als Brückenkopf zum Umsturz der Zentralregierung in Beijing zu benutzen.<sup>10</sup>

Aus Protest gegen das Blutbad in Beijing hat London die 13. Sitzung der sino-britischen Liaisongruppe, die ursprünglich für Juli 1989 geplant war, ohne weiteres einseitig suspendiert. Bei Wiederaufnahme der Gespräche vom 27. bis 29. September in London traten neue Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten über die Lage in Hongkong auf. Die Briten verlangten von den Chinesen, in einigen Grundsatzfragen wie der geplanten Stationierung chinesischer Truppen in Hongkong nach 1997, dem zukünftigen politischen System Hongkongs und der Stärkung des Gesetzes zur Garantie der Freiheiten der Bevölkerung neue Überlegungen vorzunehmen, um wieder das Vertrauen der Einwohner Hongkongs in die Zukunft unter chinesischer Herrschaft nach den Geschehnissen vom 4. Juni 1989 in Beijing zu gewinnen. Vor der Sitzung waren von der Regierung und der Öffentlichkeit Hongkongs Vorschläge unterbreitet worden, wonach keine chinesischen Truppen zu normalen Zeiten in Hongkong oder die Soldaten nicht in der Innenstadt stationiert werden sollen und die Anwendung eines Notstandsgesetzes in Hongkong möglichst eingeschränkt wird.

Dies wurde von chinesischer Seite kategorisch abgelehnt mit der Begründung, daß es innere Angelegenheiten der VR China und Fragen chinesischer Souveränität seien. Beijing warf London die Mißachtung der sino-britischen Vereinbarung von 1984 vor und warnte die Briten davor, Hongkong zu einem Vorposten zur Subversion der kommunistischen Regierung umzuwandeln.<sup>11</sup>

Nach dieser erfolglosen Sitzung spitzte sich der Streit beider Seiten durch eine Reihe neuer Ereignisse weiter zu. Anläßlich des 40. Nationalfeiertages der VR China (1. Oktober) fanden in der britischen Kolonie wieder Demonstrationen gegen das kommunistische Regime in Beijing statt. Am 4. Oktober protestierte die Zweigstelle der Pres-



seagentur Xinhua in Hongkong gegen die britische Kolonialregierung, weil diese am 3. Oktober die Ausreise des chinesischen Dissidenten Yang Yang in die USA erlaubt hatte. Yang, ein bekannter Schwimmer, war im März 1989 legal von China zum Besuch von Verwandten nach Hongkong gekommen. Nach dem Blutbad vom 4. Juni in Beijing ersuchte er um politisches Asyl mit der Begründung, daß er in Hongkong an den Demonstrationen zur Unterstützung der Demokratiebewegung in China teilgenommen und einigen Führern der Demokratiebewegung bei ihrer Flucht nach Hongkong geholfen habe. Auf den Druck von Beijing hin lehnte die Hongkonger Regierung Yangs Antrag ab, andererseits aber wollte sie aus menschlicher Überlegung dem Wunsch Beijings, ihn an China auszuliefern, nicht nachkommen. Schließlich haben die USA Yang aufgenommen. In ihrem Protest wies die Hongkonger Xinhua-Zweigstelle darauf hin, daß die Hongkonger Regierung gemäß einer bilateralen Vereinbarung von 1982 verpflichtet sei, alle illegalen chinesischen Einwanderer wieder nach China abzuschicken. Im Gegenzug zur Entscheidung Hongkongs verweigerte die chinesische Regierung ab 8. Oktober 1989 die Aufnahme anderer von Hongkong abgeschobener illegaler China-Flüchtlinge. Erst am 23. Oktober stimmten beide Seiten darin überein, die Abschieberegulierung ab 24. Oktober wieder anzuwenden, nachdem die Hongkonger Regierung den Fall Yang offiziell bedauert hatte.<sup>12</sup> Am 9. November verweigerten die kolonialen Behörden einigen Mitgliedern der Chinesischen Demokratischen Allianz, einer Exiloppositionsgruppe chinesischer Dissidenten in Nordamerika, die Einreise.<sup>13</sup>

Laut Angaben der Xinhua-Zweigstelle hat die Hongkonger Regierung in der Übereinstimmung vom 23. Oktober zugesagt, daß sie es nicht zulassen wolle, daß Hongkong in einen antichinesischen Stützpunkt umgewandelt wird. Aber Hongkong behauptet, keine solche Verpflichtung gemacht zu haben. Es wolle auch in Zukunft bei der Behandlung von illegalen Auswanderern aus China Ausnahmen nicht ausschließen, das bedeutet, daß chinesische Dissidenten weiterhin in ein Drittland abgeschoben werden dürfen. Ferner ist es nicht bereit, die Hongkonger Vereinigung zur Unterstützung der Demokratiebewegung in China, einem Dorn im Auge der Beijinger Macht-

haber, aufzulösen. Die Pro-Beijing- sowie die konservativen Kräfte in Hongkong hatten die Auflösung dieser Organisation gefordert, nachdem die chinesische Presse, wie bereits erwähnt, sie wiederholt attackiert hatte mit dem Vorwurf, Hongkong als Stützpunkt zum Umsturz der Regierung in Beijing zu benutzen.<sup>14</sup> Das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses von China erklärte Situ Hua (Szeto Wah) und Li Zhuming (Lee Chu Ming) von ihrer Beteiligung an der Arbeit des Komitees für den Entwurf eines Grundgesetzes von Hongkong als chinesische SVZ nach 1997 für suspendiert, weil beide Führer der Hongkonger Vereinigung zur Unterstützung der Demokratiebewegung in China sind; beide hatten nach dem Blutbad vom 4. Juni in Beijing von sich aus auch erklärt, dem Komitee fernbleiben zu wollen, sofern die gegenwärtigen Machthaber in Beijing wegen ihrer grausamen Unterdrückung der Demokratie nicht zurücktreten.<sup>15</sup>

Um die Grundrechte der Hongkonger Bevölkerung über das Jahr 1997 hinaus zu sichern und um das Vertrauen der Einwohner in die Zukunft nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in China wiederherzustellen, bereitet die Kolonialregierung ein "Bill of Rights" vor.<sup>16</sup> Auch die Gipfelkonferenz des Commonwealth äußerte im letzten Oktober in Kuala Lumpur auf die Bitte von Frau Thatcher hin in einer gemeinsamen Erklärung ihre Sorge um die internationale Vertrauenskrise in Hongkong.<sup>17</sup> Der Gouverneur von Hongkong, Sir David Wilson, appellierte während seines offiziellen Besuchs in Washington im gleichen Monat an die USA und andere Staaten, den Hongkong-Chinesen Asyl für den Notfall zu gewähren, damit die Menschen in Hongkong ohne Angst vor der Wende 1997 leben können.<sup>18</sup> Am 14. November forderte auch das Subkomitee des US-Kongresses für die Angelegenheiten Asiens und des Pazifiks in einer Resolution Washington und London auf, multinationale Anstrengungen zu unternehmen zur Gewährung des Einwanderungsrechts für die Einwohner Hongkongs vor und nach 1997.<sup>19</sup> Der Ministerpräsident von Singapur, Lee Kuan Yew, machte den Vorschlag, daß die Commonwealth-Staaten an 200.000 "Top-Hongkonger" Pässe ausstellen sollten, damit sie mit dieser Rückendeckung weiter in Hongkong bleiben und eine

starke gemeinsame Position gegenüber Beijing zur Verteidigung ihrer Grundrechte bilden können.<sup>20</sup>

Die internationale Diskussion über Hongkongs Zukunft rief wieder heftige Kritik seitens der VR China hervor. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums betonte am 25. Oktober, daß die Übergabe Hongkongs 1997 allein eine Sache zwischen Beijing und London sei; kein anderer Staat und keine internationale Organisation habe das Recht, sich in diese Frage einzumischen.<sup>21</sup> Am 26. Oktober warf Ministerpräsident Li Peng den Briten unverblümt vor, in der Hongkong-Frage die Karten "Willen" und "Vertrauen" der Bevölkerung sowie "Internationalisierung" der Angelegenheit gegenüber China auszuspielen. Dies sei nutzlos, sagte er.<sup>22</sup>

Der neue Zwist zwischen London und Beijing über die Zukunft Hongkongs erreichte Ende 1989 einen weiteren Höhepunkt. Am 20. Dezember kündigte die britische Regierung an, noch vor 1997 selektiv 50.000 Hongkong-Chinesen die volle britische Staatsangehörigkeit zu gewähren. Einschließlich ihrer Familienangehörigen sollen laut Angaben von Außenminister Douglas Hurd vor dem Unterhaus insgesamt 225.000 Personen aus der Kronkolonie ein Anrecht auf Immigration in Großbritannien haben.<sup>23</sup> Zunächst kam von chinesischer Seite kein Kommentar, dann folgte aber am 30. Dezember eine Erklärung des Außenministeriums in Beijing, in der der Beschluß der britischen Regierung scharf verurteilt wurde. Der Sprecher des Ministeriums wies auf eine Vereinbarung in einem zu der Gemeinsamen Erklärung von 1984 gehörenden britischen Memorandum hin, daß "alle Personen, die am 30. Juni 1997 aufgrund einer Verbindung mit Hongkong nach dem gültigen Gesetz im Vereinigten Königreich Bürger der Britischen Abhängigen Territorien (BDTCs) sind, vom 1. Juli 1997 an aufhören werden, BDTCs zu sein, aber berechtigt sein werden, einen geeigneten Status zu behalten, der sie, ohne das Recht auf Aufenthalt im Vereinigten Königreich, berechtigen wird, weiterhin die von der Regierung des Vereinigten Königreichs ausgestellten Pässe zu benutzen."<sup>24</sup> Er warf der britischen Seite vor, dieses "feierliche Versprechen" ernsthaft gebrochen zu haben. Er drohte den Briten mit Gegenmaßnahmen seitens der chinesischen



Regierung, falls London seinen politischen "Fehler" nicht korrigieren würde.<sup>25</sup>

London und Hongkong wiesen den Vorwurf Beijings zurück. Francis Maude, Staatsminister des britischen Außenministeriums, betonte: "Es handelt sich eindeutig nicht um eine Verletzung des Abkommens. Sonst hätten wir es nicht getan."<sup>26</sup> Ursprünglich wollten wohl sowohl die britische als auch die chinesische Regierung bei der Unterzeichnung der Vereinbarung von 1984 kein Aufenthaltsrecht in Großbritannien an BDTCs von Hongkong nach der Übergabe der Kolonie 1997 geben bzw. dulden. Aber im Vertrag ist nicht festgelegt, daß die britische Regierung den Hongkonger Chinesen keine volle Staatsangehörigkeit vor dem Stichtag des 1. Juli 1997 gewähren darf.

#### Anmerkungen:

- 1) Siehe dazu Yu-hsi Nieh, "Chinesisch-britische Vereinbarung über Hongkong", in: *C.a.* Sept.1984, S.528 ff.
- 2) *Ta Kung Pao - Weekly Supplement* (engl.), Hongkong, No.938 (19.-25.7.1984).
- 3) He Li, "Zhengzhi - zhengduan xijuan Xianggang" (Ausbreitung des Streits um das politische System in Hongkong), in: *Jiushiniandai*, Hongkong, Sept.1985, S.14 ff.; Joseph Y.S. Cheng, "Hong Kong: The Pressure to Converge", in: *International Affairs*, Spring 1987, S.271 ff.
- 4) *DGB*, 21.10.1985.
- 5) He Li, "Guoduqi de xianjie nanti" (Die Schwierigkeit der Kombination mit der Zukunft während der Übergangsperiode), in: *Jiushiniandai*, a.a.O., Dez.1985, S.14 ff, hierzu S.16; Cheng, Anm.3, S.277; "Hongkong" in *Asia 1987*, Jahrbuch von FEER, S.137.
- 6) *DGB*, 23.11.1985.
- 7) "Hongkong", Anm.5.
- 8) Ebenda, S.140.
- 9) Dazu s. *C.a.* Mai 1987, Ü 39, S.378, Nov. 1987, Ü 45, S.858, Feb.1988, Ü 50, S.110.
- 10) *RMRB*, 21.7.89; *China Daily*, 1.8.89; *Liaowang*, Überseeausgabe, 21.8.89.
- 11) *RMRB*, 18.8.89; *DGB*, 16.-21.8.89, 29.9.-1.10.89; *FT*, 27.-28.9.89, *XNA*, 29.9.89; *C.a.*, Aug.1989, Ü 49, S.587, Sept.1989, Ü 56, S.693.
- 12) *XNA*, 6. und 24.10.89; *DGB*, 11. und 25.-26.10.89.
- 13) *DGB*, 11.11.89; *ZYRB*, 19.11.89.
- 14) *DGB*, 1., 3. und 28.11.89; *FEER*, 2.11.89, S.10 f.
- 15) *SWB*, 2.11.89; *DGB*, 2.-3.11.89; *FCJ*, 6.11.89; *Asiaweek*, 17.11.89.
- 16) *FT*, 19.10.89; *FEER*, 26.10.89, S.19; *Zhengming* (Cheng Ming), Hongkong, Nov.89, S.97 f.
- 17) *FT*, 25.10.89.
- 18) *IHT*, 18.10.89.
- 19) *The Straits Times*, Singapur, 16.11.89.
- 20) Ebenda, 23. und 25.11.89.
- 21) *China Daily*, Beijing, 26.10.89.
- 22) *XNA*, 27.10.89.
- 23) *SZ* und *DGB*, 22.12.89; *NZZ*, 24./ 25.12.89.
- 24) *BRu*, 9.10.84.
- 25) *DGB*, 1.1.90; *SZ*, 2.1.90.
- 26) *dpa*, 31.12.89; *IHT* und *FT*, 2.1.90.

Yu-Hsi Nieh

## Zu den jüngsten Wahlen in Taiwan

### 1. Die Bedeutung der Wahlen vom 2. Dezember

In diesen Monaten herrscht in Taiwan politische Hochsaison. Am 2. Dezember 1989 fanden Wahlen zur Teilerneuerung des wichtigsten staatlichen Parlamentsorgans, Gesetzgebungshaus (Lifayuan), zur Erneuerung der drei Volksvertretungsorgane auf Provinzebene und zur Neubesetzung der 21 Verwaltungsleiter auf Kreisebene statt. Im Januar 1990 folgen Wahlen von Mitgliedern der Kreisparlamente und von Gemeindevorstehern, im kommenden März werden dann der Staatspräsident und der Vizestaatspräsident von der Nationalversammlung neu gewählt. Um die Bedeutung dieser Wahlen zu verstehen, ist hier eine kurze Darstellung des für einige Lager wohl kompliziert erscheinenden politischen Systems der Republik China auf Taiwan angebracht.

Laut Verfassung der Republik China, die 1947 in Nanjing verkündet wurde, gibt es drei Volksvertretungsorgane auf Zentralregierungsebene, d.h. die Nationalversammlung (Guomin dahui), das Gesetzgebungs- und das Kontrollhaus (Jianchayuan). Die Nationalversammlung hat die Hauptaufgaben, alle sechs Jahre den Staatspräsidenten und den Vizestaatspräsidenten zu wählen und ist zuständig für Verfassungsänderungen. Dem Gesetzgebungs- und dem Kontrollhaus obliegt die Verabschiedung von Gesetzen und die Zustimmung zur Ernennung vom Ministerpräsidenten. Das Kontrollhaus verfügt über die Macht des Impeachments sowie der Rechnungsprüfung. Die Mitglieder der Nationalversammlung und des Gesetzgebungs- und des Kontrollhauses werden direkt vom Volk für sechs bzw. drei Jahre, die Mitglieder des Kontrollhauses

von den Volksvertretungsorganen auf Provinzebene für eine Mandatsperiode von sechs Jahren gewählt.

Nach der Niederlage im Bürgerkrieg mit den Kommunisten auf dem chinesischen Festland und ihrem Rückzug nach Taiwan 1949 hatte die Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD)-Regierung die Wahlen zu den drei staatlichen Volksvertretungsorganen bis zur "Rückeroberung des chinesischen Festlands" eingefroren. Obwohl das militärische Ziel in immer weitere Ferne rückt, wurden nationale parlamentarische Wahlen 40 Jahre lang nicht abgehalten. Damit aber parlamentarische Funktionen durch Vergrößerung der noch 1947/48 gewählten Abgeordneten nicht lahmgelegt werden, führte man seit 1969 Wahlen von sogenannten "zusätzlichen Mitgliedern" der drei staatlichen Volksvertretungsorgane ein. Im Unterschied zu ihren "alten" Kollegen, die praktisch ihre Position auf Lebenszeit behalten, haben die zusätzlichen Abgeordneten ein Mandat von drei (im Gesetzgebungs- und dem Kontrollhaus) bzw. sechs Jahren (in der Nationalversammlung) und dem Kontrollhaus). Obwohl die Zahl der zusätzlichen Abgeordneten mehrmals erhöht wurde, bilden die greisen Parlamentarier vom chinesischen Festland bis heute noch immer die überwiegende Mehrheit in allen drei Häusern. So stehen nach den Wahlen vom 2. Dezember im Gesetzgebungs- und dem Kontrollhaus 101 gewählte zusätzliche Abgeordnete 162 "lebenslänglichen" Abgeordneten gegenüber.<sup>1</sup> Einschließlich der am gleichen Tag von der Regierung ausgewählten 29 überseechinesischen Abgeordneten bleibt die Mehrheit beim "alten".